



<b>Thema:</b>	<b>Wir-eG statt Ich-AG</b> Horst Mehrländer zeigt am Beispiel des Ur-Liberalen Schulze-Delitzsch, dem Begründer des deutschen Genossenschaftswesens, die Bedeutung des liberalen Bürgerverständnisses in Staat und Gesellschaft.
<b>Termin:</b>	<b>Mittwoch, 01. Februar 2012, 15 Uhr bis 17 Uhr</b>
<b>Referent/in:</b>	<p><b>Dr. rer. pol. Horst Mehrländer, Staatssekretär a. D.</b></p> <p>Nach seinem Studium war er bis 1977 beim Bundesministerium für Wirtschaft, anschließend in der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag. 1985 leitete er für drei Jahre ein Referat in der Abteilung <i>Europapolitik</i> des Bundesministeriums für Wirtschaft. 1989 wurde er Leiter des Ministerbüros von Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann und ab 1991 war er Leiter einer Unterabteilung im gleichen Ministerium.</p> <p>Träger des Bundesverdienstkreuzes und der Verdienstmedaille des Landes Baden Württemberg; Staatssekretär im Wirtschaftsministerium BW des Kabinetts Teufel/Öttinger bis 2006. Seit 1998 bis heute Vorsitzender des Aufsichtsrats der Projektgesellschaft Neue Messe.</p> <p>Mitglied bei der „LIM“ und den „Liberalen Senioren Stuttgart“.</p>

Mit freundlicher Genehmigung des Referenten bringen wir hier den überarbeiteten Vortrag, bei uns im Februar-Jour-Fixe gehalten, im Wortlaut

## Vortrag Wir-eG statt Ich-AG

Lieber Herr Dr. Allehoff,  
lieber Herr Hammer,  
meine sehr geehrte Damen und Herren,

bei Ihnen allen möchte ich mich bedanken, dass Sie gekommen sind und teilweise eine weite Anreise dafür in Kauf genommen haben. Als mich die Herren Dr. Allehoff und Hammer fragten, ob ich bei der Liberalen Senioren-Initiative Region Stuttgart einen Vortrag über das Thema „Wir-eG statt Ich-AG“ halten könnte, habe ich sehr gern zugesagt – zumal ich Mitglied der Liberalen

Senioren-Initiative, Kreis Ludwigsburg, bin. Ich bin im Kreis Ludwigsburg, weil ich 2001 für die FDP im Wahlkreis Ludwigsburg für den Landtag kandidiert habe – aber leider fehlten ca. 1500 Stimmen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, die Überschrift meines Vortrags „Wir-eG statt Ich-AG“ ist ein wenig erklärungsbedürftig. **Die Abkürzung „eG“ bedeutet „eingetragene Genossenschaft“.** Sie ist wie die Aktiengesellschaft, die GmbH, die offene Handelsgesellschaft und die Kommanditgesellschaft eine



gängige Unternehmensform des Wirtschaftslebens. **Sie ist Kaufmann im Sinne des Handelsrechts.**

Gesellschaftsrechtlich ist die eingetragene Genossenschaft eine juristische Person.

Aber die „eG“ ist mehr: Seit den Gründerzeiten im 19. Jahrhundert gilt: **Die Genossenschaft ist eine mitgliederorientierte und damit personenbezogene Gesellschaftsform.** Jedes Mitglied hat unabhängig von seiner Beteiligung grundsätzlich **eine** Stimme. Die „eG“ ist damit eine wirtschafts-demokratische Unternehmensform.

Was dies im Einzelnen bedeutet, darauf werde ich gleich zu sprechen kommen.

**Zur „Ich-AG“:** Die Bundesregierung von SPD und Grünen unter Schröder / Fischer hatte in den Jahren 2002 / 2003 die „Agenda 2010“ entwickelt. Ein wesentlicher Baustein dieser Agenda war das Konzept der „Ich-AG“, zu deren Gründung im Sozialgesetzbuch III ein Existenzgründungszuschuss gewährt wurde. Der Idee der „Ich-AG“ lag die These zugrunde, dass ein Arbeitsloser seine Fähigkeiten und Fertigkeiten nicht nur als Arbeitnehmer einbringen, sondern vor allem auch als Selbständiger in der Form der „Ich-AG“ und nicht als Schwarzarbeiter einbringen kann. Ende Juni 2006 lief diese Förderung allerdings aus, da alle Instrumente zur Existenzgründung für Arbeitslose zusammengefasst wurden.

Aber dieser Begriff der „Ich-AG“ besagt im übertragenen Sinne auch: Ein Einzelner kann und soll ohne direkte oder wesentliche Unterstützung und Zusammenarbeit mit anderen im harten Wettbewerb bestehen und sich behaupten. **Er soll als**

„**Einzelkämpfer**“ auftreten. Dies bedarf jedoch großer Anstrengungen, um nicht zu scheitern.

Meine Damen und Herren, die Grundidee, eine mitgliederorientierte und damit personenbezogene Unternehmensform zu schaffen, beeinflusste das Denken und Handeln der beiden Gründungsväter des deutschen Genossenschaftswesens: Hermann Schulze-Delitzsch, der von 1808 bis 1883 lebte, und Friedrich-Wilhelm Raiffeisen, der von 1818 bis 1888 lebte.

**Schulze-Delitzsch** sah in seiner liberalen Grundhaltung die Genossenschaften als - so wörtlich - „Innung der Zukunft“ und als praktisches Mittel und mittelstandspolitisches Organ „unbedingter Selbsthilfe“ - wie er es formulierte -, als Organ, das von unten her, dezentral wirkt. Die Genossenschaft - so seine Vorstellung - erbringt materielle Vorteile für den Einzelnen, soll aber auch Auswirkungen auf die Mitglieder in Richtung intellektueller und sittlicher Bildung, der Stärkung des Gefühls der Zusammengehörigkeit und der Gemeinschaft haben.

**Raiffeisen** war der große Pionier des ländlich- landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens und der Begründer der Raiffeisenbanken. Er führte das Genossenschaftsverständnis auf die essentielle christliche Gemeinschaft der Urgemeinde zurück. Er trat für die solidarische Selbsthilfe der ärmeren ländlichen Bevölkerungsschicht ein mit dem Slogan „Einer für alle, alle für einen“.

Aus diesen Überzeugungen entwickelten sich **die „6 S“**, in denen bis heute und auch künftig die



Genossenschaftsidee zusammengefasst dargestellt werden kann.

Die „6 S“ lauten:

1. **Selbsthilfe**
2. **Selbstbestimmung**
3. **Selbstverantwortung**
4. **Selbstverwaltung**
5. **Solidarität**
6. **Spekulationsentzug.**

Diese „6 S“ möchte ich kurz erläutern:

**Selbsthilfe:** Bei Neugründung einer Genossenschaft ist die Selbsthilfe oft entscheidend. Auch können Selbsthilfeaktivitäten wie z.B. die Nachbarschaftshilfe im Laufe des Bestehens einer Genossenschaft gefördert werden. Von Selbsthilfe kann auch bei einer Neubautätigkeit von Wohnungsbaugenossenschaften gesprochen werden, weil dann die Mitglieder der Genossenschaft sich selbst dabei helfen, sich und ihren Kindern bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

**Selbstbestimmung:** Ein hohes Maß an Mitsprache und Mitbestimmung ist charakteristisch für die Genossenschaft und hilft mit, dass man sich mit der Genossenschaft identifiziert und sich für sie verantwortlich fühlt. Das Gegenmodell zur Machtbestimmung nach Geld - wer mehr davon hat, hat mehr zu sagen - ist die Mitgliedschaft in einer Genossenschaft, in der jeder **eine** Stimme hat.

**Selbstverantwortung:** Als Miteigentümer einer Genossenschaft tragen die Mitglieder Selbstverantwortung und werden dadurch in die Pflicht genommen, sich für die Ziele und Aufgaben ihrer Genossenschaft einzusetzen.

**Selbstverwaltung:** Die Selbstverwaltung ist vor allem ein Weg, um möglichst viele bürokratische

Aufgaben selbst auszuführen, um Kosten zu sparen.

**Solidarität:** Sie ist ein ganz wesentliches Element einer Gemeinschaft und damit auch ein wesentliches Element der Genossenschaft. Genossenschaft ist immer eine Gemeinschaft von Menschen, die sich solidarisch helfen.

**Spekulationsentzug:** Dieses Merkmal wird besonders deutlich, wenn man sich Sinn und Zweck von Wohnungsbaugenossenschaften ansieht. Bei einem Mangel an preisgünstigen, gut gelegenen oder gut geschnittenen Wohnungen sind private Hausbesitzer, die solche Wohnungen anbieten, im Vorteil und können entsprechend hohe Mieten verlangen.

Das Gegenmodell ist der kollektive Bodenbesitz der Genossenschaft, an dem sich niemand bereichern kann. Der Boden gehört den Mitgliedern und darf nicht veräußert werden. So kann verhindert werden, dass ein Einzelner auf Kosten der Anderen spekuliert und profitiert. In diesem Sinne werden die Wohnungsbaugenossenschaften nützlich für alle. Sie werden - im wahrsten Sinne des Wortes - „**gemeinnützig**“.

Meine Damen und Herren,  
**Diese Erläuterungen der „6 S“ beweisen aus meiner Sicht, dass die Genossenschaftsidee auch heute aktuell ist.** Und zwar nicht nur als wirtschaftliches Selbsthilfemodell, sondern auch als Modell eines gemeinsamen Handelns und einer solidarischen Gemeinschaft von Menschen.

Für mich hat die Genossenschaftsidee aber eine noch viel weiter reichende Grundlage. Für mich ist eine **Genossenschaft eine ur-liberale Unternehmensform.** Davon bin ich



überzeugt. Und ich möchte auch Sie heute davon überzeugen. Grundlage meiner Argumentation ist das Grundsatzprogramm der FDP/DVP Baden- Württemberg. Es wurde am 05. Januar 2010 - also vor zwei Jahren - vom Landesparteitag mit großer Mehrheit beschlossen. Dieses Programm war vorher in den Jahren 2007 bis 2009 - also über einen Zeitraum von drei Jahren - von einer Grundsatzkommission unter meinem Vorsitz zusammen mit der Parteibasis erarbeitet worden.

**Ausgangspunkt des Programms ist die feste Überzeugung, dass der Mensch und seine Freiheit der Maßstab liberaler Geisteshaltung sind.**

Der Liberalismus ist kein Kind des Zeitgeistes.

**Der Liberalismus stellt ein freiheitliches Gesellschaftsbild und ein positives Grundvertrauen in den Menschen den kollektivistischen und autoritären Bestrebungen anderer politischer Parteien entgegen.**

Dieses positive Grundvertrauen konkretisiert das Grundsatzprogramm wie folgt:

1. **Wir, die Liberalen, vertrauen dem freien Menschen**, seiner Vernunft und seinem Gewissen, das aus Erziehung, Bildung und Lebenserfahrung erwächst. Dabei sollten wir stets daran denken, dass der Mensch nicht nur ein unveräußerliches Recht auf seine persönliche Freiheit hat, **sondern dass er auch die Pflicht hat, von dieser Freiheit verantwortlich Gebrauch zu machen.**

George Bernard Shaw hat einmal gesagt: „Freiheit bedeutet **Verantwortlichkeit**; dass ist der Grund, weshalb die meisten

Menschen sich vor ihr fürchten.“ - Ende des Zitats -

Das ist auch der Grund, warum die meisten Deutschen sich unter die Fittiche von „Vater Staat“ flüchten. Der „Vater“ trägt die Verantwortung. Er verteilt, er straft, er lobt. Und weil die meisten Deutschen auf „Vater Staat“ setzen, deswegen propagieren CDU/CSU, SPD, Grüne und Linke die Bedeutung des Staates, um Wählerstimmen und damit die Macht im Staat zu ergattern.

2. **Wir, die Liberalen, vertrauen den selbstgewählten Gemeinschaften als Orte gelebter Solidarität.** Diese Gemeinschaften erzeugen jenes Maß an Verbindlichkeit menschlicher Beziehungen, die **kein** staatliches Gesetz und **keine** behördliche Aktivität je bewirken können.
3. **Wir, die Liberalen, vertrauen der Kraft des Diskurses.** Seine produktive, stabilisierende und integrierende Wirkung ist für die Suche nach Lösungen unersetzlich.
4. **Wir, die Liberalen, vertrauen der Leistungsfähigkeit freier Unternehmer, ihrer Verantwortung gegenüber ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.** Solche Unternehmer, meist kleine und mittlere, zahlen keine Löhne, von denen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht leben können. Solche Unternehmer sind sich auch ihrer Verantwortung gegenüber ihren Kunden und der Gesellschaft bewusst. **Das liberale Leitbild solcher Unternehmen ist der „ehrbare Kaufmann“.**



5. **Wir, die Liberalen, vertrauen dem Staat in seiner Funktion als Diener der Gesellschaft.** Der Staat herrscht nicht über die Gesellschaft und ihre Entwicklung. Der Staat ist ein von Menschen geschaffenes Instrument zur Wahrnehmung bestimmter Funktionen. Daher hat der Staat keinerlei transzendente, über die Erfahrungswelt hinausgehende Dimension.

**Das sind für uns Liberale die Kernpunkte einer freiheitlichen Gesellschaft, in der Menschenwürde, Wohlstand, soziale Verantwortung und Solidarität gedeihen können.**

Damit wir uns heute Nachmittag aber nicht missverstehen! **Das Vertrauen**, von dem ich gesprochen habe, **ist nicht bedingungslos!**

Das heißt: Wir brauchen - damit diese Vertrauen wirken kann - **Persönlichkeiten** in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, die in ihrem Handeln ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden. Gesellschaft und Staat müssen diese Verantwortung ständig einfordern. Wir Liberale bekennen uns im Sinne von Max Weber zur **Verantwortungsethik** statt zur puren Gesinnungsethik.

**Die Liberalen stellen sich ihrer Verantwortung und nutzen nicht eine Gesinnung aus, um sich auf Kosten Anderer Privilegien zu sichern.**

Und in diesem Zusammenhang noch ein besonderes Wort zur Politik. Für mich steht fest: **Eine demokratische Partei ist nur dann erfolgreich, wenn sie glaubwürdige Politikerinnen und Politiker**

**aufbietet, die zugleich authentisch die Breite der Inhalte ihrer Partei vertreten.** Und die nicht den Eindruck erwecken, es gehe ihnen nur um ihr politisches Mandat, das im Übrigen von den Wählerinnen und Wählern nur auf Zeit vergeben wird.

Meine Damen und Herren, mit Blick auf die von mir gerade genannten fünf liberalen Kernpunkte einer freiheitlichen Gesellschaft wird es Sie vermutlich nicht überraschen, dass das Grundsatzprogramm der FDP/DVP Baden-Württemberg den Vorteilen des Genossenschaftswesens eine eigene Ziffer widmet. Es ist die Ziffer 45.

Dort heißt es - ich zitiere:  
„Besonders geeignet und staatlichem Dirigismus vorzuziehen, ist das Modell der Genossenschaft. Genossenschaftliche Lösungen können übermäßiger Marktherrschaft einzelner Unternehmen Einhalt gebieten. Sie können dafür sorgen, dass gemeinsame Innovationen zustande kommen und interessengerecht genutzt werden. Auch für die Entwicklung und den Betrieb physischer Netze - also: Datentransport, Kommunikation, Energie, Wasser, Verkehr - und virtueller Netze - also: Suchmaschinen, Geodatenspeicher, Wissensdatenbanken, Bibliotheken - kann eine genossenschaftliche Lösung in vielen Fällen eine Alternative zu privaten oder staatlichen Monopolen darstellen.“ - Ende des Zitats -

Sie können feststellen, meine Damen und Herren, dass wir an dieser Stelle des Grundsatzprogramms Ansatzpunkte für aktuelle und künftige Einsatzmöglichkeiten für Genossenschaften aufzeigen, weil



Liberale von dem Modell der Genossenschaften überzeugt sind. Und erfreulicherweise gibt es gerade bei uns in Baden- Württemberg schon viele Anwendungen des Modells der Genossenschaft.

Beispielhaft nenne ich:

- Eine Genossenschaft mit 30 Mitgliedern, die Software-Komponenten für die Automatisierungsindustrie entwickelt,
- Eine Genossenschaft mit 14 Mitgliedern, die medizintechnische Instrumente baut,
- Die in Deutschland größte Fachhandelskooperation mit rd. 1900 Mitgliedern (Euronics) für Konsumelektronik,
- Eine Auto-Teile-Einkaufs-Genossenschaft mit 31 Mitgliedern,
- Einen Handwerker-Verband mit 23 Mitgliedern,
- Einen Dorfladen mit 360 Mitgliedern,
- Eine Genossenschaft selbständiger Kreativer mit 15 Mitgliedern,
- Einen Verband zur fachärztlichen Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit 215 Mitgliedern und vor allem
- Lokale und regionale Energie-Genossenschaften mit meist über 150 Mitgliedern. Diese Genossenschaften haben sich inzwischen zu einem Verband zusammengeschlossen. Und diese Genossenschaften verzeichnen mit Blick auf die EnBW als dem beherrschenden Energieversorgungsunternehmen in unserem Land und mit Blick auf die vorgesehene Energiewende mit dem starken Ausbau regenerativer Energien insbesondere von Sonne und Wind, ein starkes Wachstum. Und EnBW ist nur zu raten, sich intensiv um eine Kooperation mit diesen Energie- Genossenschaften

Gedanken zu machen. Auch mit Blick darauf, dass vor kurzem der Erste Bürgermeister von Stuttgart, Herr Föll, den Stuttgarter Bürgerinnen und Bürgern angeboten hat, sich über Energie-Genossenschaften finanziell an der Stuttgarter Stadtwerke-Produktionsgesellschaft für erneuerbare Energien zu beteiligen. Denn es sollen in den nächsten 10 Jahren mindestens 700 Mio € in Windparks auf den Hochflächen der Schwäbischen Alb und in Nord- und Ostsee, in Sonnenstrom- und Biogasanlagen investiert werden.

International bekam das Modell des Genossenschaftswesens einen großen Aufschwung, als im Jahr 2006 dem Wirtschaftsprofessor Mohammed Junus und der Grameen-Bank, beide aus Bangladesh, **für die Entwicklung der Mikrokredite der Friedensnobelpreis** verliehen wurde. Diese Bank gehört ihren Kunden, bei denen es sich zu 96% um Frauen handelt. Die Mikrokredite dienen der Förderung kleiner und kleinster Wirtschaftsbetriebe oder der Haushalte der Mitgliedereigentümerinnen. **Die Kredite werden nie ohne Rückzahlungsverpflichtung gewährt.**

**Das Konzept der Grameen-Bank** wird inzwischen in über 100 Ländern der Welt angewendet. **So auch in Deutschland**, so auch in Baden-Württemberg. Ausgangspunkt war dabei, dass für den traditionellen Bankenmarkt Kredite mit niedrigen Kreditsummen betriebswirtschaftlich oft nicht darstellbar sind oder auch nicht in das jeweilige Geschäftsmodell passen oder auch nicht die Bereitschaft besteht, das Modell passend zu machen. Daher entwickelt sich auch bei uns inzwischen ein



**Mikrofinanzmarkt**, der diese Finanzierungslücke insbesondere für Kleinstunternehmerinnen und Kleinunternehmer zu schließen beginnt.

In Baden-Württemberg ist es ein eingetragener Verein, die MONEX Mikrofinanzierung Baden-Württemberg.

Meine Damen und Herren, wie sieht die Zukunft des Modells der Genossenschaft aus?

Wenn ich feststelle,

- dass **der Staat sich aus kulturellen und sozialen Leistungen zurückzieht**,
- dass vor allem **auf oligopolistisch-geprägten Märkten die Preise stetig steigen** und
- dass das Bedürfnis steigt, **Lösungen für eine große Bandbreite sozialer Probleme zu finden**,

dann sind **das** aus meiner Sicht Impulse, die **Genossenschaft in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft wieder verstärkt in die Debatte um Lösungsansätze einzubringen**.

Um diese Entwicklung zu forcieren, ist es - so sehe ich es - notwendig, die von mir beschriebenen genossenschaftlichen Werte, die „6 S“, in der Öffentlichkeit noch mehr als bisher sichtbar zu machen. Diesem Ziel dient ja auch die heutige Veranstaltung.

Für eine Verstärkung des genossenschaftlichen Modells im Denken und Handeln der Menschen halte ich es auch für erforderlich, diesem Modell einen höheren Stellenwert als bisher in den Lehrplänen der Schulen und Universitäten einzuräumen.

Gerade in diesem Jahr bietet sich hierfür ein hervorragender Ansatzpunkt. **Denn die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat das Jahr 2012 zum „Jahr der Genossenschaften“ deklariert!**

Nutzen wir diese Chance und machen deutlich, dass Genossenschaften zwar kein Teil des öffentlichen Sektors sind, aber ohne Zweifel eine hohe gesellschaftliche Ausstrahlung aufweisen! Denn: Entscheidend ist, **dass in einer Genossenschaft Menschen in ihrer Region und in ihrem Umfeld gemeinsam etwas bewegen wollen - für sich und gleichzeitig für andere Menschen**.

Meine Damen und Herren, diese Feststellung deckt sich mit den Erkenntnissen von Wilhelm Röpke, einem der großen Männer des Liberalismus. Denn für ihn war klar - ich zitiere:

**„Die Menschen müssen spüren, dass Wirtschaft kein Selbstzweck ist, sondern von Menschen für Menschen gemacht wird.“**

Und er sagte auch:

„Das Maß der Wirtschaft ist der Mensch.“

Also: **Lassen wir uns nicht einreden, der Liberalismus sei kalt; oder: der Liberalismus sei tot. Das ist nur billige Polemik unserer politischen Gegner!**

Was wir tatsächlich erleben, ist Ausfluss eines zügellosen Kapitalismus, insbesondere eines **zügellosen Finanzkapitalismus**. Die Liberalen wie Wilhelm Röpke und Walter Eucken sprachen sich dagegen für den **„ordnenden Staat“** aus.

**Denn: Freiheit ohne ordnende Regeln ist Anarchie!!**



Wir haben diese Überzeugung der Liberalen in unserem Grundsatzprogramm wie folgt formuliert - ich zitiere:  
„Wenn die disziplinierende Kraft des Wettbewerbs nicht greift oder wo Wettbewerb nicht stattfinden kann oder durch unlauteres Verhalten verhindert wird, hat der Staat das Mandat, regulierend und ggf. auch vollziehend in das Wirtschaftsleben einzugreifen. **Staatliches Handeln muss sich in einer Marktwirtschaft auf das Setzen von Regeln und ihre Durchsetzung beschränken.**“ - Ende des Zitats –

Dieses staatliche Handeln - wie wir Liberalen es verstehen - können Sie mit der Rolle des Schiedsrichters in einem Fußballspiel gleichsetzen. Der Schiedsrichter muss die Regeln genau kennen und sie im Spiel klar und objektiv durchsetzen. **Er darf aber nicht für die eine oder andere Mannschaft im Spiel Vorlagen geben oder gar selber Tore schießen.** Dann nämlich ergreift er Partei und ist kein Schiedsrichter mehr! Und das Spiel und sein Ergebnis werden verschoben und gefälscht.

Aber genau dieses Ziel - das Spiel direkt in ihre Richtung zu beeinflussen - wollen die anderen politischen Kräfte bei uns erreichen, wenn sie darum kämpfen, die Macht im Staat zu übernehmen.

Und was hat uns der Staat, die Politik mit ihren Versprechungen, eingebrockt? Eine riesige Staatsschuldenkrise! Also: Über immer mehr Einfluss des Staates wird diese Krise wie auch die anderen strukturellen Probleme nicht zu lösen sein!

Von den **grünen Wächterräten** mit ihrer scheinbaren politischen Korrektheit und ihrer tatsächlichen Bevormundung sollten wir uns nicht beeindrucken lassen!

Ich bin überzeugt:

- Der Liberalismus hat in der Zukunft mit seinen Werten eine Chance: mit
- **Rechtsstaatlichkeit** und
- **Demokratie**, mit
- **Marktwirtschaft**, mit
- **Bürgergesellschaft**, mit
- **Fortschritt und Vernunft**, mit
- **Fleiß** und
- **Leistungsgerechtigkeit.**

Dies sichert die Zukunft! Und der Liberalismus wird Gehör und Einfluss zurückgewinnen, wenn wir zu unseren Werten stehen und sie nach außen erkennbar machen.

**Für die Zukunft des Liberalismus und der FDP** wird es von entscheidender Bedeutung sein, ob es gelingt, **die Deutungshoheit über die von mir gerade genannten Schlüsselbegriffe zurück zu erobern** und den Menschen zu verdeutlichen, **dass sich gesellschaftliche und wirtschaftliche Freiheit nicht voneinander trennen lassen.**

Und in diesem Zusammenhang bin ich überzeugt:

**Auch und gerade das solidarische, wirtschaftliche Handeln in einer Genossenschaft als einer ur-liberalen Unternehmensform hat Zukunft!**

Oder anders ausgedrückt : „Wir-eG statt Ich-AG“.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit